

Minister Laumann kam mit guten Nachrichten und vielen Plänen zur Senioren-Union



Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW Karl-Josef Laumann präsentierte der Funktionärsträgerkonferenz der Senioren-Union NRW viele neue Ideen und Pläne zur Zukunftssicherung der älteren Generation.

„Wir bekommen argumentativen Nachschub“, damit begrüßte der Landesvorsitzende Helge Benda den Gastredner Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Karl-Josef Laumann. Und dass es viele

Themen gibt, die zu dem umfangreichen Arbeits- und Forderungskatalog der Senioren-Union zählen, deutete Helge Benda zu Beginn schon an: Zunahme der über 60-jährigen in Nordrhein-Westfalen,

Hausärztemangel, Quereinsteiger in die Allgemeinmedizin, Gemeindeschwester, Gesundheits- und Pflegekräfte, Pflegekammer sowie Unterstützer im Alltag für Senioren und Bedürftige.



Minister Karl-Josef Laumann kam mit guten Nachrichten und vielen Plänen zur Senioren-Union NRW

Seite 1 ►



Konrad-Adenauer-Medaille für Arthur Hubricht

Seite 3 ►



Staatssekretär Oliver Wittke fordert Politik auf, das „Alter neu zu denken“

Seite 4 ►



Der Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW Helge Benda begrüßte den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Karl-Josef Laumann.

Volle Sozialkassen

Sogleich entfachte der Minister ein wahrhaftiges Feuerwerk an positiven Nachrichten: Die Rücklagen der Arbeitslosenversicherung betrügen 23 Mrd. Euro, deshalb sollten die Beiträge gesenkt werden. Die gesetzlichen Krankenkassen verfügten über Rücklagen von mehr als 20 Mrd. Euro und die Rücklagen der Rentenkasse gingen bis an die Grenze, dass die Beiträge gesenkt werden müssten. In Deutschland seien so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie noch nie. Die aktuellen Zahlen seien selbst in den 60er und 70er Jahren nicht erreicht worden, weil damals viele Frauen nicht erwerbstätig gewesen seien.

Grundsatz „ambulant vor stationär“ gilt nicht mehr

Karl-Josef Laumann setzte sich auch nachdrücklich für eine Unterstützung der „Hochbetagten“ ein: „In den letzten Jahren sind Milliarden für Kindertagesstätten und Ganztagschulsysteme investiert worden. Durch diese gesellschaftliche Entwicklung ändert sich nicht nur das Leben für die Kinder, sondern auch für die ältesten Mitbürger.“ Kritisch fügte er an: „Und für diese Menschen haben wir nichts gemacht. Viele sind nur deshalb zu Hause, weil die Heime zu teuer sind. Aber zu Hause sind sie oft alleine.“ Der Minister sprach sich dafür aus, „die vielen Formen der Unter-

bringung zu unterstützen. Die Menschen sind unterschiedlich in ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten.“ Deshalb sei der lange vertretene Grundsatz „ambulant vor stationär“ überall gestrichen worden. „Ich bin das Gerede leid, dass das eine besser ist als das andere“, sagte Laumann.

Mehr Kräfte ausbilden

Durch die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung sei mehr Geld verfügbar. Jetzt offenbare sich ein neues Problem: Wo bekommen die Pflege-

dienste das qualifizierte Personal her? „Jetzt haben wir Geld und keine Leute“, nannte Minister Laumann ein Problem, über das, so kündigte er an, mit der Senioren-Union „fair geredet“ werden müsse. Seiner Aussage nach sei die Grenze des Wachstums im Pflegemarkt zurzeit erreicht. In NRW lebten 200.000 Pflegebedürftige. Die Hälfte befände sich im Krankenhaus oder zu Hause, die andere Hälfte in der Altenpflege. Für die Altenpflege gäbe es 10.000 Ausbildungsplätze für das erste Lehrjahr. Kritisch ging der Minister mit den Krankenhäusern ins Gericht. Hier gäbe es nicht mehr Ausbildungsplätze als vor zehn Jahren, weil die Krankenhäuser immer sagten: „Wir finden ja keine. Aber das stimmt nicht.“ Er rief die Kommunalpolitiker auf, auf die Anzahl der Ausbildungsplätze in Krankenhäusern Einfluss zu nehmen. Laumann betonte die Notwendigkeit, auf Pflegekräfte aus dem Ausland zurückzugreifen. Hierzu kritisierte der Minister: „Wir müssen bei der Einstellung schneller werden.“ Er kündigte an, bis zum Sommer neue Strukturen vorweisen zu können.

Netzwerk mit Ehrenamtlichen

Karl-Josef Laumann sprach sich dafür aus, auf dem Land und in der Stadt ein Netzwerk aus Ehrenamt und Profession in enger Zusammenarbeit zu errichten. Im Dorf müsse es eine stationäre Einrichtung geben, die alle Themen angehe. „Wir überlegen, wie wir mit etwas Geld Pflegeeinrichtungen in



Die Funktionärsträgerkonferenz der Senioren-Union NRW im Duisburger Hotel Mercure fand ein großes Interesse bei den Mitgliedern.

diese Aktivitäten einspringen lassen können. Wenn es im Kindergarten ein Problem gibt, hört der Bürgermeister das sofort. Wenn es im Altenheim ein Problem gibt, hört er nichts“, sagte Minister Laumann. „Die beste Kontrolle ist, dass Bewohner im Umfeld und Beschäftigte sich kennen.“

Gegen Ärztemangel im ländlichen Raum

Zum Ärztemangel im ländlichen Raum hat Minister Laumann eine klare Begründung: „Das ist ein Versagen der Politiker. Wir haben so viele Ärzte wie noch nie, hatten aber auch noch nie so viele, die so wenig arbeiten wie heute.“ Heute benötige man 1,4 Ärzte, um auf die Arbeit eines Arztes von früher zu kommen. In NRW werde die Zahl der Ausbildungsplätze gesteigert. So bilde die Privatuniversität Witten-Herdecke Hausärzte aus. Hierzu sei der anthroposophische Ansatz sehr positiv, sagte Karl-Josef Laumann. Außerdem werde in Bielefeld eine neue medizinische Fakultät aufgebaut. Zudem würden Studienplätze auch nach dem Kriterium vergeben, dass sich die Aspiranten verpflichteten, zehn Jahre in unterversorgten Gebieten zu praktizieren. Lobend hob er die Vorgehensweise im Hochsauerlandkreis hervor. Dort habe der Landrat Schneider ein System eingeführt, das heimische Medizinstudenten in ihrer Ausbildung unterstütze, um danach weiter in der Region zu bleiben. Karl-Josef Laumann bezeichnete die hausärztliche Versorgung als ein Thema für die Senioren-Union, „weil die Älteren den Hausarzt mehr brauchen als die Jüngeren. Wenn sie keine Allgemeinmediziner mehr haben, dann gibt es auch bald keine Apotheken mehr.“

Für gerechtere Mindestrente

Zur Grundrente merkte der Minister an, es gäbe viele, die 40 bis 45 Jahre gearbeitet hätten und gerade so viel Geld hätten wie jemand, der seit fünf Jahren hier lebe. In NRW arbeitete ein Viertel der Bevölkerung vollschichtig für 2000 Euro im Monat. Er kündigte an, dass „große sozialpolitische Debatten kommen werden. Darauf müssen wir uns gut vorbereiten.“ Die Senioren-Union forderte er auf, offensiv für eine höhere Mindestrente einzutreten. Die Rente müsse ein Stück Widerspiegelung der Arbeitsleistung sein. Es müsse in der Partei über die Einführung von Betriebsrenten gesprochen werden.

Konrad-Adenauer-Medaille für Arthur Hubricht

Das Hager Urgestein Arthur Hubricht erhielt die Konrad-Adenauer-Medaille im Rahmen der Funktions-trägerkonferenz der Senioren-Union der CDU NRW vom Landesvorsitzen-den Helge Benda überreicht.

Der Senioren-Union der CDU Deutschlands ist es ein Anliegen, verdienten Frauen und Männern für ihr herausragendes ehrenamtliches oder bürgerschaftliches Engagement zu danken und sie durch eine Auszeichnung zu ehren.

Mit dieser Auszeichnung soll verdienten Frauen und Männern Deutschlands und des Auslands unabhängig von ihrer Abstammung und Rasse, ihrer Heimat und Herkunft,

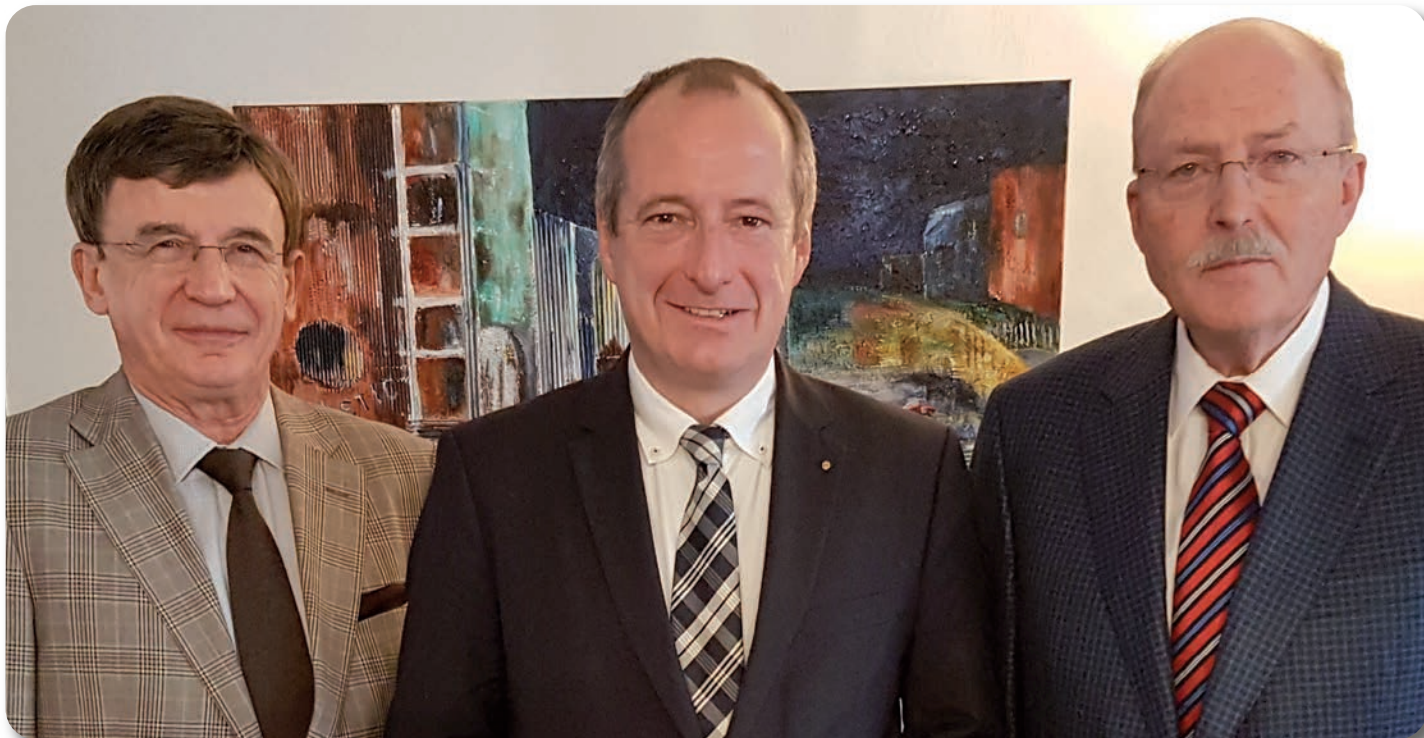
ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauung Anerkennung und Dank sichtbar zum Ausdruck gebracht werden.

Die Konrad-Adenauer-Medaille der Senioren-Union wird verliehen für eine herausragende Arbeit, die ehrenamtlich im Bereich der politischen, der sozialen und der geistigen Arbeit – unter Zurückstellung der eigenen Interessen – über einen längeren Zeitraum mit erkennbar vorbildlichem Einsatz geleistet wurde und mit dem aufrichtigen Bekenntnis zur Demokratie, zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen, zur Gerechtigkeit und zum Frieden in der Welt verbunden ist.



Der Hager Arthur Hubricht wurde vom Minister Karl-Josef Laumann und dem Landesvorsitzenden der Senioren-Union NRW Helge Benda für seine ehrenamtliche Arbeit mit der Konrad-Adenauer-Medaille ausgezeichnet.

Oliver Wittke fordert Politik auf, das „Alter neu zu denken“



Der Vorsitzende der Senioren-Union Nordrhein Westfalen Helge Benda und der Landesgeschäftsführer der Senioren-Union NRW Heinz Soth freuen sich den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Oliver Wittke MdB, begrüßen zu dürfen.

Oliver Wittke, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, war Gast anlässlich der Sitzung des Landesvorstandes im Dezember 2018. Ziel dieser Gespräche, die auch künftig durchgeführt werden, ist eine engere Verzahnung der Senioren-Union NRW mit Entscheidungsträgern auf der Bundes- und Landesebene.

Zuvor hob Helge Benda, der auch stellv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union ist, die Wahlergebnisse für den Landesverband Nordrhein-Westfalen bei der Bundesdelegiertenversammlung in Magdeburg hervor: Mit Prof. Dr. Otto Wulff wird der Bundesvorsitzende gestellt, weiterhin gibt es zwei Stellvertreter aus NRW, den Bundesschatzmeister und sieben Beisitzer. Der Landesverband NRW stellt 42 Prozent der Mitglieder der Senioren-Union in Deutschland.

Oliver Wittke bezeichnete sodann die aktuelle Situation der CDU als eine „Werbung für die Demokratie.“ Drei

Kandidaten im Vorfeld des Bundesparteitages im Dezember für den Bundesvorsitz habe es noch nie gegeben; dabei habe sich Ministerpräsident Armin Laschet auf die Rolle konzentriert, „den Sieg in NRW abzusichern“ und sei erst gar nicht als Kandidat angetreten. Auch an der Basis habe es leidenschaftliche Diskussionen gegeben. Dies habe eine positive inhaltliche Auseinandersetzung hervorgerufen, wie sie beispielhaft und bisher auch einmalig gewesen sei „Dabei ist das Verfahren in jeder Phase absolut sauber gewesen“, lobte Wittke und mahnte gleichzeitig: „Wir dürfen den Schwung nicht verlieren. Unser Anspruch muss 40 plus X sein.“ Oliver Wittke forderte, jetzt die „Integration nach innen zu betreiben und die unterschiedlichen Richtungen zusammenzuführen.“ Im Präsidium der CDU sei eine gute Bandbreite vertreten, er hätte sich allerdings auch gewünscht, dass Friedrich Merz mit seinen „fast 50 Prozent“ Mitglied des Präsidiums geworden wäre.

Innerhalb der Koalition müsse die CDU zeigen, wo sie hin wolle. Im Moment seien die Sozialkassen noch „rappellvoll“. Bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme müsse beachtet werden, dass dies sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren ändern werde. Auch müsse die Unternehmenssteuerreform zum Thema gemacht werden, um den Standort Deutschland attraktiver zu machen.

Für eine qualitative Verbesserung der Parteiarbeit betrachtete es Oliver Wittke als erforderlich, Verbände und Fachleute zu den entsprechenden Themen hinzuzuziehen. „Wir müssen neue Formen finden, um Sachverstand von außen hereinzubringen.“ Mit normalen Parteiversammlungen sei das nicht mehr machbar. Hier komme Arbeit auf den neuen Generalsekretär Paul Ziemiak zu.

Dringend erforderlich sei die Aufgabe, das „Alter neu zu denken“. Die Älteren bildeten die Gruppe mit dem höchsten Anteil an CDU-Wählern. Der Übergang in den Ruhestand müsse flexibler und krea-

tiver gestaltet werden. Es sei nicht einzusehen, dass Ärzte im ländlichen Raum aufgrund ihres Alters nicht mehr praktizieren dürften oder der Physikunterricht in Schulen ausfalle, weil die Lehrer in den Ruhestand geschickt worden seien, obwohl sie möglicherweise noch gerne weiter unterrichtet hätten. Auch über das Ehrenamt müsse gesprochen werden.

Die SPD wisse als Koalitionspartner allerdings offenbar immer noch nicht, ob sie Opposition sei oder mitregieren wolle. So hätten die Sozialdemokraten 14 Tage vor der Sitzung der gemeinsamen Kommission zur Rentenreform ein Papier von Finanzminister Scholz zu diesem Thema vorgelegt. Ähnlich habe es sich vor dem gemeinsamen Wohnungsbaugipfel der Koalition verhalten. Auch hier wurde vorher ein Papier mit Forderungen vorgelegt. „Die SPD verhält sich wie eine Oppositionspartei. Leider wird es bei der SPD aber keine personelle Erneuerung geben“, sagte Oliver Wittke.

Wir lebten heute in einer Republik, der es

gut gehe: sprudelnde Steuereinnahmen, höhere Löhne und volle Sozialkassen. Graue Wolken kämen allerdings am Horizont auf: Brexit und die Schwächung der EU durch Populisten. In den kommenden Diskussionen müsse es in der Partei um die Lage der Koalition gehen, auch für den Fall, mit wem man weitermachen könne, falls die SPD aussteigt. Ein weiteres Thema werde die Lage in Europa nach dem Brexit sein. Oliver Wittke meinte dazu, Regionalkonferenzen dürften nicht nur dann stattfinden, „wenn es knallt.“ Christa Thoben, stellvertretende Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende, unterstützte diese Forderung: „Es bringt uns nichts, wenn wir es uns bequem machen. Eine Auseinandersetzung führt nicht dazu, dass die Partei auseinanderfällt.“ Sie regte an, darüber nachzudenken, die Zahl der Wiedervahlen für jeden einzelnen zu begrenzen, wofür sie Beifall erhielt.

Auch Astrid Birkhahn, stellv. Landesvorsitzende und Bezirksvorsitzende, forderte eine „lebendige Diskussionskultur in der CDU“.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Helge Benda

REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg, Rainer Mohrmann

Fotos: Roland Rochlitzer

ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf

Tel. 0211.13600-22 | Fax 0211.13600-54

info@senioren-union-nrw.de

www.senioren-union-nrw.de

GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare

Siegbert Renner bleibt Vorsitzender der Senioren-Union des Bezirkes Mittelrhein

Auf ihrer turnusmäßigen Bezirkskonferenz haben am 14. November in Frechen die Delegierten der Senioren-Union Siegbert Renner zum Bezirksvorsitzenden einstimmig wiedergewählt. Seine Stellvertreter wurden Dr. Wolfgang Gärtner (Köln) und Werner Theisen (Pulheim), Schriftführer blieb Wilhelm Gunkel (Neunkirchen-Seelscheid), als Schatzmeister wiedergewählt wurde Kurt Schürmann (Hürth).

Beisitzer wurden Dr. Friedhelm Baisch (Neunkirchen-Seelscheid), Christian Faßbender (Hürth), Günter Holschbach (Köln), Gisela Schumann (Leverkusen), Ilse Stibbe (Köln), Bernd Werner (Bonn).

Zum Auftakt hatte das „politische Urgestein“ Dr. Bernhard Worms, Ehrenvorsitzender der Senioren-Union, vor dem Hintergrund seiner reichen Erfahrung die gegenwärtige Situation der CDU beleuchtet und mit den Delegierten diskutiert.



Der wiedergewählte Vorsitzende Siegbert Renner stellt seinen frisch gewählten Bezirksvorstand Mittelrhein vor.

Bezirksseniorentag Aachen im Zeichen von Gesundheit und Pflege

Die Senioren in den vollständig gefüllten Kurpark-Terrassen in Aachen fuhren sehr zufrieden wieder in ihre Heimatkreise Aachen-Stadt, Aachen-Land, Düren-Jülich, Euskirchen und Heinsberg, denn die Redner hatten es verstanden, genau die Punkte anzusprechen und konkrete Ideen zu entwickeln, die vielen Senioren jetzt und künftig sehr wichtig sind.

Begrüßt wurden die Teilnehmer von Eberhard Büchel, dem Vorsitzenden des Kreises Aachen Stadt, der mit seinen Ausführungen zur Bedeutung der Thermalquellen für Aachen und die Gesundheit der Menschen schon auf das Thema Gesundheit einstimmte. Zugleich machte er deutlich, dass im Vordergrund der Arbeit der Senioren-Union die konkrete politische Arbeit stehen müsse.

Sehr konkret und unterlegt mit vielen Fakten zu den Themen „Gesundheit und Pflege im Alter“ hielt der neue Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW, Helge Benda, eine eindrucksvolle und zündende Antrittsrede, die deutlich machte, dass hier jemand sprach, der informiert war. Die unterschiedlichen Probleme der Gesundheitsfürsorge im ländlichen Raum und in den Ballungszentren erforderten unterschiedliche Maßnahmen. Die Städte und Gemeinden seien zu wenig auf den Prozess der rasch alternenden Bevölkerung vorbereitet, insbesondere wenn die hohe Zahl der sog. „Babyboomer“ in der Ruhestand ginge. Es sei der richtige Weg zur Pflegebegleitung mehr Stellen zu schaffen, sie müssten aber auch besetzt werden. Der Vorschlag der Senioren-Union, Gemeindefräuwestern einzusetzen, habe ein positives Echo gefunden. Hier sei auch die Chance gegeben, der drohenden Einsamkeit vieler allein stehender Senioren zu begegnen. Benda begrüßte ausdrücklich die Vorstöße von Minister Laumann zur Verbesserung der Arztversorgung auf dem Lande.

Mit Gastredner Rudolf Henke, MdB, Vorsitzender des Marburger Bundes und von Beruf Arzt, ergriff ein anerkannter Fachmann zum Thema Gesundheit das Wort. Eingangs würdigte er die Familienangehörigen, die selbst die Pflege ihrer



v.l.n.r.: Wolfgang Gunia, Eberhard Büchel, Herbert Geller, Hans-Josef Thelen und Hans-Josef Heuter.

Verwandten übernommen hätten, als „größten Pflegedienst der Nation“. Kritisch ging er mit den Wahlaussagen bei der letzten Bundestagswahl ins Gericht. Die CDU habe es versäumt, bei der Wahlaussage auf die für die Menschen wirklich wichtigen Themen zu setzen. Das sei eindeutig das Thema Gesundheit und Pflege. Dieser Fehler habe zu dem schlechten Wahlergebnis geführt und dürfe sich nicht wiederholen. Die CDU müsse die Alltagsthemen aufgreifen.

Es sei richtig, die Zahl der Betreuungskräfte zu erhöhen, die Arbeit in der Pflege aufzuwerten. Dafür dürfe die Pflege auch etwas teurer werden, wenn die Menschen nur die Sicherheit haben, dass die Pflege auch finanziell gesichert sei. Ausdrücklich begrüßte auch Henke die Vorstöße von Laumann zur Verbesserung der Landarztversorgung durch finanzielle Anreize.

Der „Risiko-Struktur-Ausgleich“ sei zu verbessern, der Regionalausgleich der Krankenkassen funktioniere noch nicht, es gebe wegen des unterschiedlich gestreuten Risikos Regionen mit Überschüssen und andere mit Defiziten. Wer wohlhabend sei, fände überall die beste Gesundheitsversorgung, das müsse für alle gelten, „Gesundheitliche Versorgung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.“

Dr. Tim Grüttemeier, Bürgermeister von Stolberg und CDU-Kandidat für das Amt des Städteregionsrat bei der Wahl am 4. November, sprach über die Schnelligkeit und Radikalität des Wandels in allen Lebensbereichen. Hier müssten die Senioren einbezogen werden und die Vorteile der Digitalisierung erkennen und nutzen. Als vorbildlich für Senioren lobte er die Städte, die die Verwaltung zum Bürger bringen und den Senioren den Gang zum Amt ersparen nach der Devise „Nähe zum Menschen“. Generationengerechtigkeit dürfe nicht nur ein Schlagwort sein, sondern müsse bei der Stadtentwicklung, bei Pflegeplänen einbezogen werden, z.B. auch bei den Notdienstapotheken.

In seinem Grußwort ermunterte Oberbürgermeister Marcel Philipp von Aachen weg zu gehen, vom Kirchturmdenken, und die Chancen interkommunaler Zusammenarbeit wie in der Städteregion Aachen zu nutzen.

Herbert Geller, der Bezirksvorsitzende von Aachen, blickte in seinem Schlusswort auf die lange Tradition der Bezirksseniorentage zurück und freute sich, dass die teilnehmenden Kreise die Chance genutzt hätten, verschiedene Facetten der Stadt Aachen zu erkunden, von High-Tec bis zur Kultur. Zum Abschluss sangen die Senioren traditionsgemäß das Deutschlandlied.